



Prof. Dr.-Ing. Dittmar Machule, Jens Usadel

Stadtteilentwicklung mit den Bürgern – das Beispiel Wilhelmsburg

Als Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf wird in Hamburg-Wilhelmsburg seit 1994 ein systematisiertes Bürgerbeteiligungsverfahren eingeleitet. Es entwickelte sich über drei Phasen mit schrittweiser Formalisierung. Im Ergebnis ist das Interesse an der Mitwirkung zur Gestaltung der unmittelbaren Lebensumwelt gewachsen. Dieses Beispiel für lokale Politikgestaltung wurde im Rahmen des Wettbewerbs „Preis Soziale Stadt 2000“ mit einer Anerkennung ausgezeichnet.¹

Ein unerwarteter Prüfstein

Wilhelmsburg, der große zwischen Hamburg und Harburg auf der Elbinsel gelegene Hamburger Stadtteil, ist im Jahr 2000 überschattet von Vorkommnissen, die den Namen Hamburg-Wilhelmsburg bundesweit bekannt machen. Viele der engagierten Wilhelmsburger zweifelten im sechsten Jahr eines Bürgerbeteiligungsverfahrens für ganz Wilhelmsburg am Sinn ihres Einsatzes für ihren Stadtteil oder fühlten sich um Jahre zurückgeworfen. Andere meinten den Beweis dafür zu erleben, dass ein Engagement in und für Wilhelmsburg grundsätzlich nichts bringt. Zwei dramatische Ereignisse haben die Diskussion über den Stand der Entwicklung und die Entwicklungschancen des Stadtteils auch emotional polarisiert:

■ Im Juni 2000 wurde ein Kind, der sechsjährige Volkan Kaya, auf einer Wiese neben der Schule Buddestraße durch einen Hund tot gebissen. Der Hundehalter hatte seinen trainierten, gefährlichen Hund nicht mehr kontrollieren können.

■ Im August 2000 erschießt ein Mann brutal seine ehemalige Lebensgefährtin und zwei ihrer drei Töchter.

Nicht nur die Menschen im Stadtteil Wilhelmsburg reagierten mit großer Betroffenheit darauf. Negative Schlagzeilen rückten den Stadtteil erneut in ein schlechtes Licht. Die öffentliche Berichterstattung setzte die gesamte soziale Situation im Stadtteil in direkte und ursächliche Beziehung zu den beiden furchtbaren Ereignissen. Die vielen Bemühungen, schrittweise Verbesserungen im Stadtteil auch über ein besseres Image zu erreichen, schienen angesichts der Ereignisse und der sie widerspiegelnden sozialen Verhältnisse ergebnislos zu sein. Entwicklungen erfordern Zeit und die zielgerichtete Kontinuität von Engagement und Handlungsaktivitäten.

Woran lässt sich ein erfolgreiches Ergebnis von Stadtteilentwicklung mit Bürgerbeteiligung messen?

Ausschlaggebend ist der Maßstab. In Wilhelmsburg wird daran gemessen, ob es gelang, stabilisierende stadtteilkonforme Strukturen und Vertrauen in die eingeleitete Entwicklung zu schaffen. Die Ereignisse des Sommers im Jahr 2000 sind ein unerwarteter Prüfstein.

Merkmale des Quartiers

Wilhelmsburg – der Stadtteil gilt statistisch als einer der ärmsten Hamburgs – ringt als Stadtteil mit vielen negativen Auswirkungen der Entwicklungen in den letzten 100 Jahren. Hierzu gehören die Altlasten einer bedenkenlosen Industrialisierung, die hoch belasteten, zerschneidenden Verkehrsachsen, die negativen sozialen Folgen des Strukturwandels auf dem Arbeitsmarkt und der hohe Anteil ausländischer Bevölkerung von ca. 30 v.H. Er ist jedoch mit seiner Vielschichtigkeit und heterogenen Struktur auch ein Stadtteil mit vielen Potenzialen. Diese Potenziale – die Wilhelmsburger unterschiedlichster Herkunft, die stadtzentrale Lage und Verkehrsanbindung, Reserveräume für Industrie- und Gewerbeansiedlung, Landwirtschaft und Naturschutzgebiete – sind sowohl für die ca. 46.000 Wilhelmsburger auf ihrer „Elbinsel“ als auch für die zukünftige Entwicklung Hamburgs insgesamt von wesentlicher Bedeutung.

Die Einleitung konzeptioneller Arbeit

Die alarmierenden Ergebnisse der Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft 1993, die Diskussionen um den Standort einer Müllverbrennungsanlage, die Wohnungs- und Belegungspolitik und entsprechende massive Bürgerproteste führten 1994 zu der Forderung nach einem „Integrierten Handlungs- und Maßnahmenkonzept für den Stadtteil Wilhelmsburg“.

Hamburgs Politik reagierte unter Federführung der Stadtentwicklungsbehörde Hamburg (STEB) auf diese Forderung der Wilhelmsburger. Sie gab 1994 den Auftrag für ein systematisiertes Bürgerbeteiligungsverfahren. Einerseits sollten die Notwendigkeit und der Sinn politischer Entscheidungen auf übergeordneter Ebene für die Bevölkerung transparent, nachvollziehbar und akzeptabel werden. Andererseits sollten die Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung auf der lokalen Ebene in Handlungskonzepte stärker einbezogen werden. Mit der Durchführung des Verfahrens wurden die Autoren von der STEB, Amt für Stadterneuerung und Bodenordnung, beauftragt.

Die Basis für das Vorgehen war ein interfraktioneller Beschluss des Ortsausschusses Wilhelmsburg vom 20. April



1994. In ihm wurde als wesentliches Ziel formuliert, „den Bewohnern zu vermitteln, dass durch Eigeninitiative in Verbindung mit fachlicher, interner und externer Unterstützung ihre persönliche Situation, wie die des Stadtteils verbesserungsfähig ist.“

Um die Ernsthaftigkeit des Anliegens zu betonen, stellte die Stadtentwicklungsbehörde 3 Mio. DM als Anschubfinanzierung für die Realisierung konkreter, von den Wilhelmsburgern gebilligter Maßnahmen bereit. Formen und Inhalte des Verfahrens wurden schrittweise entwickelt und jeweils nach Jahresfrist überprüft. Die Fortsetzung wurde daraufhin jeweils neu zwischen Bürgern, Politik, Verwaltung und Gutachtern ausgehandelt. Dieses Vorgehen, das immer dem Gesamtziel verpflichtet war und ist, garantierte die Anpassung an neue Rahmenbedingungen, andere Optionen oder Handlungsschwerpunkte.

Aufbauend auf den Zielsetzungen für ein Bürgerbeteiligungsverfahren Wilhelmsburg sollte zuerst eine „kommunale Grundausstattung“ im Sinne eines Werkzeugkastens für Wilhelmsburger Bürgerbeteiligungen erarbeitet werden. Im breiten Konsens sollten Verfahrenswege erarbeitet werden, die ein zielgerichtetes, schrittweises und auf die Wilhelmsburger Rahmenbedingungen zugeschnittenes Vorgehen zulassen. Es galt die Frage zu beantworten, welche konkreten Maßnahmen aus Sicht der betroffenen Bevölkerung dringlich unter Einsatz der 3-Mio.-Anschubfinanzierung anzugehen seien.

Dies führte zum Konzept des moderierten „Arbeitskreis Wilhelmsburg“, der im November 1994 seine Arbeit aufnahm. Dieser erste Verfahrensschritt – Arbeitskreis Wilhelmsburg, abgekürzt AK Wil – war von entscheidender Bedeutung. Es gab keine Vorbilder für das Herangehen. Es ging um die Belange von 46.000 Menschen, quasi einer ganzen Stadt. Auf der ersten großen Versammlung am 22.11.1994 meldeten sich über 180 WilhelmsburgerInnen, die für Ihren Stadtteil mitmachen wollten.

Der Arbeitskreis Wilhelmsburg

Die Methodik des Bürgerbeteiligungsverfahrens wurde von den Gutachtern nur als grober veränderungsfähiger Rahmen festgelegt. Das AK-Wil-Verfahren war für ein Jahr geplant.

Methodische Elemente des Verfahrens

- Für die Initiierung des AK Wil und die Herstellung von Öffentlichkeit wurde ein Verteiler aus Adressen aufgebaut. Er enthielt zum Ende des Arbeitskreises ca. 450 Adressen.
- Zu Plenumssitzungen wurde über den Verteiler und die lokale Presse eingeladen. Auf ihnen wurden die für alle Teilnehmer relevanten Themen angesprochen und die verschiedenen Positionen festgehalten.

- In Arbeitskreissitzungen und Untergruppen wurde versucht, konkrete Lösungsansätze als Vorschläge zu entwickeln. Hierzu wurden die jeweiligen Konflikte und Potenziale in Wilhelmsburg zum Thema des Arbeitskreises notiert. Es gab drei Unter-Arbeitskreise mit jeweils ca. 55 ständigen Teilnehmern „Umwelt, Verkehr und Soziales“, „Wohnen, Wohnungsbau und Soziales“ und „Arbeit, Wirtschaft und Soziales“. Die Gutachter hatten auf der Startveranstaltung die Forderung nach einem gesonderten Arbeitskreis „Soziales“ abgelehnt

- In Protokollen zu den Plenumssitzungen und den Arbeitskreisen wurden, für alle nachvollziehbar und weiterverwendbar, die unterschiedlichen Positionen festgehalten. Fehlende oder weiterführende Informationen wurden anhand von „Hausaufgaben“ von den Teilnehmern abgefragt.

- Im wöchentlichen mobilen „Vor-Ort-Büro“ im Wilhelmsburger Bürgerhaus fanden Gespräche mit allen Interessierten unter Berücksichtigung eines Gesprächsleitfadens statt. Außerdem wurden gezielt und auf Einladung hin Gespräche mit Vereinen, Institutionen, Behörden, Sozialeinrichtungen und Firmen geführt.

- Besonderes Gewicht hatte der periodische Informations- und Meinungs-austausch der Gutachter mit der Ortsamtsleiterin von Wilhelmsburg, der Beauftragten für soziale Stadtteilentwicklung des Bezirks Harburg, dem Sanierungsbeauftragten für Wilhelmsburg und der Vertretung der Stadtentwicklungsbehörde. Hier wurde die wesentliche Schnittstelle zu den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung geschaffen, die besonders für das Festlegen der anzusprechenden Adressaten und Informationsträger bei den unterschiedlichen Maßnahmen wichtig war.

Einhaltung diskursethischer Regeln

Im Verfahren in Wilhelmsburg wurde versucht, diskursethischen Regeln zu folgen, z.B.: Jeder/Jede der/die sich schriftlich oder mündlich artikulieren möchte, erhält dazu Gelegenheit und wird ernst genommen. Alle für die Entwicklung Wilhelmsburgs relevanten Aussagen werden schriftlich für alle sichtbar und nachvollziehbar festgehalten. Die Sitzungen sind thematisch begrenzt, die Themen werden problembezogen analysiert.

Erarbeitung von Entwicklungskorridoren

Die Ergebnisse der Diskussionen und Gespräche finden sich als eine Art abgestimmter Vision für die Zukunft des Stadtteils in folgenden neun „Wilhelmsburger Entwicklungskorridoren“, die für das Gesamtverfahren richtungsgebend sind:

- Integration von vielfältigen Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten in Verbindung mit einer sich wandelnden modernen Hafenwirtschaft.



- Sicherung von Flächenpotenzialen für industrielle und gewerbliche Entwicklungen im Wilhelmsburger Westen.
- Sicherung und Weiterentwicklung der vorhandenen Landschaften als quartiersnahe und ortstypische Erholungsgebiete.
- Abbau von Umweltbelastungen, insbesondere infolge von Transit-Verkehrsgeschehen.
- Verbesserung der Wohnstruktur durch qualitativ hochwertige Neubauten und Verbesserung der Situation in bestehenden Quartieren.
- Qualifizierung und Aufwertung bestehender sowie Neuerstellung sozial integrierender Einrichtungen.
- Einrichtung von dezentralen Verwaltungs- und Dienstleistungseinrichtungen zum Abbau von Benachteiligungen gegenüber anderen Ortsteilen.
- Räumlich-strukturelle Zentrumsentwicklung für den gesamten Ortsteil.
- Stärkung lokaler Kompetenz und Verfahren der Betroffenenbeteiligung zugunsten kommunaler Mitgestaltung und Bildung eines positiven Images.

Im Verlauf des einjährigen AK Wil-Verfahrens konnten mit den Teilnehmern 126 Vorschläge für Wilhelmsburg entwickelt werden. Anhand der „Entwicklungskorridore“ wurde von den Gutachtern ein Bewertungsverfahren durchgeführt und die Vorschläge auf ihre Durchführbarkeit hin untersucht. Der Einbezug demokratisch legitimierter politischer Gremien war den Gutachtern von Anfang an in Wilhelmsburg sehr wichtig. Aufzubauende Beteiligungsstrukturen sollten der Synergie und Effektivität wegen mit bestehenden politischen Strukturen vernetzt und nicht als (bessere) Gegenmodelle isoliert von diesen wirken können.

„Sieben Sofortmaßnahmen“

wurden vom Ortsausschuss Wilhelmsburg als auszuführende Maßnahmen per Abstimmung beschlossen:

- Wilhelmsburger-Insel-Arbeitsvermittlung
- Wilhelmsburger-Insel-Garten und Landschaftsarbeit
- Wilhelmsburger-Insel-Mühle
- Wilhelmsburger-Insel-Bus
- Wilhelmsburger-Insel-Stadtteilführer
- Erweiterung des Hauses der Jugend Wilhelmsburg
- zur Förderung spezieller Mädchenangebote
- Buch zur Geschichte von Neuhof

Zur Behandlung der weiteren perspektivischen Vorschläge des AK-Wil dienen dann die Wilhelmsburger-Insel-Gespräche (WIGE). Die verbleibenden über hundert Vorschläge und neu hinzugekommene stehen seither zur Konsensfindung, Konkretisierung und Realisierung an. Viele wurden in der Folgezeit bereits umgesetzt.



Die Wilhelmsburger Inselgespräche

Im Dezember 1995 wurde das Bürgerbeteiligungsverfahren für ein weiteres Jahr konzipiert und in Form der „Wilhelmsburger Inselgespräche“ (WIGE) fortgesetzt. Das Verfahren bestand aus zwei, teilweise parallel verlaufenden und sich ergänzenden Teilen, die bewährte Elemente des AK Wil wieder aufnahmen, um nahtlos an diesen Prozess anzuschließen, bestehend aus:

- der Moderation von drei Gesprächsreihen (den eigentlichen Inselgesprächen) zu den Themen Stadtteilmanagement, Stadtteilentwicklung und Wirtschaft und
- der Einrichtung eines Vor-Ort-Büros.



Die Gesprächsreihen

In der ersten Jahreshälfte 1996 fanden die Inselgespräche als Gesprächsreihe mit jeweils drei bzw. vier Gesprächsterminen statt. Daran beteiligt waren unterschiedliche Gruppierungen aus Wilhelmsburg, Vertreter der betroffenen Bevölkerung, Vertreter der Gewerbetreibenden, der Wohnungsunternehmen, der Sozialeinrichtungen sowie Fachvertreter aus den Behörden. Die Zahl der Teilnehmenden wurde auf etwa 20 - 30 Personen pro Gesprächsreihe durch die Beteiligten je nach Interessenlage begrenzt, um möglichst stark umsetzungsorientiert diskutieren zu können. Die Gespräche dienten u.a. dazu:

- aktuelle Planungen Hamburger Behörden mit Auswirkungen in und auf Wilhelmsburg kritisch zu begleiten und mit den Betroffenen zu besprechen,
- Einzelvorschläge auf die zu lösenden Problemstrukturen hin zu analysieren und möglichst realistische Problemdefinition und Lösungsstrategien zu erarbeiten und
- Konsens über Vorschläge, die an den Ortsausschuss zu delegieren sind, herzustellen.

Als zusätzliche methodische Schritte wurden im laufenden Prozess „Sprechstunden“ und „Expertengespräche“ eingeführt. In den Sprechstunden nahmen interessierte Bürger, Betroffene und Verantwortliche die Gelegenheit wahr, über ausgewählte Spezialthemen zu diskutieren. In den Expertengesprächen wurde die Arbeit der Gesprächszyklen durch Experten fachlich ergänzt, um Verbesserungsvorschläge voranzutreiben und konkrete Projekte zur Umsetzung zu bringen.

Das Vor-Ort-Büro

Das für alle Bürger offene Vor-Ort-Büro, nun untergebracht und eingerichtet in zwei Räumen des Wilhelmsburger Rathauses, hatte eine koordinierende und eine aktivierende Funktion. Durch Einbezug relevanter Verwaltungsvorgänge in die Inselgespräche wurde die Verknüpfung zur Politik und Verwaltung auf Behörden-, Bezirks- und Ortsamtsebene sichergestellt. Der Grad der Verbindlichkeit für eine Einbindung der Arbeitsergebnisse des Beteiligungsverfahrens in das Handeln von Politik und Verwaltung sollte somit erhöht werden. Das Vor-Ort-Büro bzw. die Gutachtergruppe war zuständig für die inhaltliche Vor- und Nachbereitung sämtlicher Gesprächstermine und für die kontinuierliche Fortentwicklung des Verfahrens sowie für das Anschieben der Realisierung geplanter Maßnahmen.

Themenspezifische Organisation

Zu jedem der drei Themenbereiche Stadtteilentwicklung, Wirtschaft und Stadtteilmanagement wurden Gesprächsreihen (Inselgespräche) organisiert. Jede Gesprächsreihe setzte sich aus einem Eingangsgespräch, einem bzw. zwei Zwischengesprächen und einem Ergebnissgespräch zusammen.

Die Zeit zwischen den Gesprächsterminen stand für thematische Arbeitsgruppen und individuelle Arbeiten zur Verfügung. Grundsätzlich waren alle Gesprächstermine öffentlich. Die Termine wurden durch die Presse, auf den Sitzungen und durch das Vor-Ort-Büro bekannt gegeben. Das gab vielen die Gelegenheit, sich themenbezogen während der Gesprächsreihen einzubringen.

Die Arbeitsergebnisse der Inselgespräche wurden dem Ortsausschuss zur Stellungnahme bzw. zur Beschlussfassung vorgelegt. Inhaltlich und organisatorisch wurden die Gesprächsreihen sowie die notwendige Aufbereitung der Ergebnisse für die Präsentation im Ortsausschuss und in der Verwaltung im Vor-Ort-Büro koordiniert.

Die Inselgespräche Stadtteilentwicklung

dienten vor allem dazu, Vorschläge aus dem AK-Wil zur sozialen Stadtteilentwicklung, zur Verbesserung der Arbeits- und Wohnsituation und der Verkehrsplanung aufzugreifen und weiter zu bearbeiten. Dabei mussten immer wieder Zielkonflikte gelöst werden. Besonders dringend war es, angesichts der Vielzahl von Vorschlägen, Prioritäten zu setzen. Ein wichtiger Schritt war jeweils die Konkretisierung von generell formulierten Aussagen. Soweit es machbar war, sollten Betroffene selbst an der Umsetzung von Maßnahmen mitwirken.

Das Inselgespräch Wirtschaft

ermöglichte eine verstärkte Einbindung der Wilhelmsburger Unternehmen in den Prozess der Stadtteilentwicklung. Hier lag ein Schwerpunkt der Arbeit auf der Information zu Themenbereichen, die insbesondere für Unternehmen relevant sind, z.B. Arbeitsvermittlung oder Flächennutzungsplanung. Auf diese Weise wurde eine für den lokalen Prozess der Stadtteilentwicklung wichtige Zielgruppe direkt angesprochen.

Das Inselgespräch Stadtteilmanagement

hatte zum Ziel, eine spezielle Organisationsform der zukünftigen Bürgerbeteiligung zu finden. Mit der gesuchten Form sollte nach Abschluss der Inselgespräche weiterhin eine kontinuierliche Mitwirkung der Wilhelmsburger an der Stadtentwicklung gewährleistet werden. Dieser Themenkomplex war von den Gutachtern ursprünglich nicht im Konzept vorgesehen.

Seine Behandlung und Klärung sollte im Prozess bzw. nach Evaluation der Ergebnisse des WIGE-Verfahrens erfolgen. Dadurch war die Gutachtergruppe vor die Aufgabe gestellt, ein Inselgespräch, in dem es um die Fortsetzung des Verfahrens insgesamt und um mögliche Folgebetreuungen ging, neutral zu moderieren. Das Ringen um das zukünftige Verfahren stellte sich als konflikträchtig zwischen den vom Ortsausschuss vertretenen Parteien und Vertretern des Forums Wilhelmsburg heraus. Das Forum Wilhelmsburg ist ein Zusammenschluss von Wilhelmsburger Initiativen, die sich



seit 1994 intensiv für die Belange des Stadtteils einsetzen und wesentlich am Verfahren beteiligt sind. Als Ergebnis wurde auf Vorschlag der Verwaltung durch den Ortsausschuss ein Beteiligungsmodell, der bis heute erfolgreiche „Beirat für Stadtteilentwicklung“, eingerichtet. Die Strategie des schrittweise entwickelten Wilhelmsburger Beteiligungsverfahrens lautete: Aufbau selbstbewusst kritischer Zusammenarbeit und Mitarbeit an qualifizierten Entscheidungsgrundlagen für Gremien und Verwaltungen.

MITwirken in Wilhelmsburg 1997 – 2001

Bereits im Oktober 1996, noch vor dem Ende der Inselgespräche, wurde die dritte Phase des Beteiligungsverfahrens eingeleitet. Das MIT-Wil-Verfahren („Mitwirken in Wilhelmsburg“) wurde in der Gesprächsreihe Stadtteilmanagement kontrovers diskutiert und schließlich auf Vorschlag der Verwaltung durch den Ortsausschuss beschlossen. Ein formalisiertes Verfahren sollte die Koppelung des Verfahrens mit den vorhandenen kommunalen Gremien sicherstellen und die Beteiligung stärken. Dazu setzt der Ortsausschuss jährlich einen „Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg“ ein. Er behandelt Wilhelmsburger Themenstellungen und berät den Ortsausschuss in seinen Entscheidungen bzw. arbeitet ihm zu.

Die gutachtliche Betreuung dieses Bürgerbeteiligungsverfahrens mit seiner zunehmenden Breite und Intensität wurde durch die Fortführung des Vor-Ort-Büros im Rathaus Wilhelmsburg möglich. Es wurde 1997 in „MIT-Büro, Büro für das Verfahren MITwirken in Wilhelmsburg“ umbenannt und hat sich seitdem als eine Art Bürgerberatungs- und Managementstelle für diverse Anliegen etabliert. Für die kontinuierlich in Wilhelmsburg präsente Gutachtergruppe hat sich der kurze persönliche Draht zu den verschiedenen Verwaltungsstellen, zur Ortsamtsleiterin und zu den Mitgliedern der Fraktionen des Ortsausschusses – auch der Beirat tagt in der Regel im Rathaus Wilhelmsburg – weiterhin sehr bewährt. Dies und die vielen persönlichen Gespräche mit Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburgern waren und sind für den gesamten Beteiligungsprozess eine wesentliche Voraussetzung.

Der Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg

Der Beirat für Stadtteilentwicklung konstituierte sich zum ersten Mal am 25.11.1996. Er bestand aus 31 Personen hinzu kommen deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter. Die 16 Vertreter von „organisierten Bürgern“ wurden durch Vereine, Institutionen, Kirchen, Parteien o.ä. vorgeschlagen. Die 15 „nicht organisierten Bürger“ sind Vertreter aus den verschiedenen Wilhelmsburger Wohnquartieren. Sie wurden durch Menschen aus den Quartieren vorgeschlagen oder

kandidierten auf eigenen Wunsch. Der Ortsausschuss setzt die Vertreter jeweils für ein Jahr ein. Inzwischen sind ein weiteres Quartier (Finkenriek) und ein zusätzlicher Vertreter für die politischen Parteien hinzugekommen.

Der Beirat tagt (ohne Sondersitzungen) sechsmal im Jahr. Er hat sich eine Geschäftsordnung gegeben. Die akzeptierten Spielregeln trugen zu einer vorbildlichen und konstruktiven Diskussionskultur bei. Grundsätzlich werden im Beirat die konkreten Probleme des Stadtteils bearbeitet und vor allem in Form von Handlungs- und Maßnahmevorschlägen für eine Beratung und Entscheidung im Ortsausschuss aufbereitet. Dafür setzt der Beirat auch Arbeitsgruppen ein. Es zeigt sich, dass die inhaltliche Arbeit im Wesentlichen in den speziellen, für alle Wilhelmsburger offenen Arbeitsgruppen des Beirates, geleistet wird.

Arbeitsgruppen

Die Beiratsmitglieder und viele andere Bürger und Bürgerinnen – aktiv beteiligen sich inzwischen ca. 300 Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburger – engagieren sich in folgenden Arbeitsgruppen (AG):

AG Arbeit und Ausbildung, AG Kinder und Jugend,
AG Image, AG Verkehr, AG Wilhelmsburger Osten,
AG Wohnen, AG Zusammenleben.

Auf den Plenumsitzungen des Beirates werden die Ergebnisse der AG regelmäßig vorgestellt und Informationen grundsätzlicher Art sowie die Sachstände von laufenden Projekten ausgetauscht.

In besonderen Beiratssitzungen wird jeweils über ein Schwerpunktthema ausführlicher diskutiert. Schließlich berät der Beirat auch über sogenannte „aktuelle Themen“, bei denen es i.d.R. um Anträge von Wilhelmsburger Einrichtungen auf finanzielle Unterstützung aus dem „3-Mio.-Topf“ geht. Die Sitzungen und Vorgänge werden durch das MIT-Büro betreut (z.B. Organisationshilfe, Protokolle über alle Sitzungen, Textentwürfe).

Maßnahmen und Projekte der Beteiligungsschritte MITwirken in Wilhelmsburg

Aus der Fülle der mit Unterstützung des MIT-Büros inzwischen in Gang gesetzten und geplanten oder realisierten größeren und kleineren Aktivitäten und Projekte in Wilhelmsburg sollen nur einige genannt werden:

Spiel- und Sportfest

Es wurde ein ganztägiges Spiel- und Sportfest in der Wilhelmsburger Mitte organisiert, an dem sich in vorher nie erreichten und nicht erwartetem Umfang und Engagement 12 Einrichtungen, 9 Schulen, 13 Sportvereine und 15 sonstige im Stadtteil aktive Gruppen (Feuerwehr, Polizei etc.) betei-



ligten. Das Sportfest stand unter dem Motto „Fairplay und Fun“. Ca. 3.000 Besucher konnten am 03. Juli 1999 gezählt werden (AG Kinder und Jugend).

Messebeteiligung

Der Hamburger Stadtteil mit einem für viele Nicht-Wilhelmsburger immer noch schlechten Image stellte sich zusammen mit Wohnungsbaugesellschaften und vielen weiteren Vereinen und Institutionen mit einem gut besuchten Stand selbstbewusst werbend auf der Messe „Du und Deine Welt“ dar. Selbstverständlich lenkte dort auch der Slogan „Hauptsache Wilhelmsburg“ die Blicke auf sich (AG Image).

Ausbildungsplätze

Die AG Arbeit und Ausbildung hat u.a. folgende Projekte initiiert: Job-Lokomotive Wilhelmsburg, Jugendliche in Lehre, Pressuregroup für Wilhelmsburger Ausbildungsplätze, Berufstag in der Bonifatiuschule und die Ausbildungsagentur Wilhelmsburg. Insgesamt konnten durch die Ausbildungsagentur bis Ende 1999 33 Ausbildungsplätze akquiriert werden.

Sicherheit im Quartier

Im landschaftlich schönen Wilhelmsburger Osten wird eine Messe der dortigen gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe vorbereitet. Vorgesehen ist u.a. die Einrichtung einer Ausbildungsplatzbörse auf der Veranstaltung. Seit kurzem sind die Bushaltestellen im Wilhelmsburger Osten solarbeleuchtet. Dadurch fühlen sich Bewohner, besonders Kinder, in den Abendstunden sicherer (AG Wilhelmsburger Osten).

Lkw-Führungskonzept

Die AG Verkehr erarbeitete ein sog. Lkw-Führungskonzept mit einer Abgrenzung der Wilhelmsburger Gewerbegebiete und einer Ausschilderung der vorgesehenen Leitrouen von den Hauptverkehrsstraßen zu den Gewerbegebieten. Auf



Wilhelmsburgs Hauptverkehrsstraßen wurden entsprechende Hinweisschilder für LKW-Fahrer angebracht, um ein Verirren des Schwerlastverkehrs zu verhindern.

Interkulturelle Information

Die AG Zusammenleben veranstaltete einen „Interkulturellen Informationsabend“, auf der sich Mitglieder einer Vielzahl von ausländischen und deutschen Vereinen kennen lernen konnten. In der AG Zusammenleben wird ausführlich das brisante Thema eines Moschee-Neubaus in Wilhelmsburg diskutiert. In diesem Zusammenhang fanden gemeinsame Besuche in provisorischen Moschee-Räumen und in Kirchen statt.

Reithalle

Im Mai 1998 konnte die neu errichtete „Klaus-Wilke-Reithalle“ für den Reit- und Fahrverein Wilhelmsburg eingeweiht werden. Ein großer Teil der Pferdeboxen ist bereits vermietet. Da mit einer Reithalle der Reitsport auf die Wintermonate ausgedehnt werden kann, hat sich damit besonders das Angebot für jugendliche Mädchen in Wilhelmsburg verbessert. Ein großer Teil der Finanzierung wurde durch den Verein zur Verfügung gestellt. Es fehlte eine Restfinanzierung, die von der STEB aus Mitteln der Anschubfinanzierung – vor allem für nicht vereinsgebundene Kinder und Jugendliche – bereitgestellt wurde.

Elternschule

Die Elternschule ist als Einrichtung mit breitem Angebot für Familien und werdende Eltern im Stadtteil fest verwurzelt. Aufgrund steigender Besucherzahlen konnte die Elternschule den qualitativen und quantitativen Ansprüchen der Arbeit nicht mehr gerecht werden. Deshalb wurde sie ausgebaut und erhielt die lang ersehnte räumliche Erweiterung im Anbau an die alten Räume im Erdgeschoss eines Wohnhauses. Allein die Realisierung dieses Anbaus dauerte 5 Jahre von den ersten Kontakten mit den Gutachtern bis zur Einrichtung.



höheren Maße gefordert. Alle Beteiligten sind gefordert dafür Sorge zu tragen, dass „Einbezug“ und nicht Ausgrenzung das Handlungsziel bleibt.

Die Gutachter erarbeiteten zusammen mit Beiratsmitgliedern eine „Agenda Wilhelmsburg“. In ihr werden in Form einer erweiterbaren Loseblattsammlung mit Texten, Bildern und Karten, systematisiert für 16 Wohn- und für 5 Wirtschaftsquartiere sowie für 7 „übergeordnete Themen“ (Image, Wohnen, Arbeiten, Kinder und Jugend, Verkehr, Mitte und Zusammenleben auf der Elbinsel), konkrete „Anregungen zum Weiterentwickeln, Mitwirken und In-Wert-Setzen des Hamburger Stadtteils Wilhelmsburg“ gegeben. Jedes der von den Gutachtern zusammen mit den Bewohnern quasi als ein „Milieu“ identifizierten Quartiere wird beschreibend kurz charakterisiert und mit einem Lageplan vorgestellt. Unter der Rubrik „Hier müsste was getan werden“ werden gemeinsam identifizierte kleine und große örtliche Probleme angesprochen. Unter dem Stichwort „Ideen zum Mitmachen“ finden sich Hinweise auf Aktivitäten und Handlungsansätze für Bürgerinnen und Bürger. Wie eine Art Tagesordnung soll die „Agenda Wilhelmsburg“ mithelfen, die eingeleitete ur-eigene Wilhelmsburger Entwicklungspolitik voran zu bringen und „selbsttragende Strukturen“ zu ermöglichen.

Der Beirat hat diese Agenda sehr positiv aufgenommen und will seine weitere Arbeit verstärkt auf die Quartiere lenken.

Eine Agenda für Wilhelmsburg

Inzwischen zeigt sich bei den (aktivierten) Wilhelmsburgern ein breites Interesse, im Sinne einer kommunal-politischen Aktivität, an der Gestaltung der unmittelbaren Lebensumwelt teilzunehmen. Kreativität und Einfallsreichtum bei der Entwicklung pragmatischer, schnell wirkender Problemlösungen sind groß. Es motiviert, etwas Konkretes anzupacken und dessen Werden, bei dem man (selbstbestimmt) mitmacht, erleben zu können. Und dies trotz aller eigenen Alltagsorgen. Woher kommt diese Kraft? Es macht offensichtlich einfach Spaß und Freude, sich an solchen Aktivitäten zu beteiligen, durch die die eigene Wohn- und Lebensumwelt sichtbar verbessert wird. Die wichtige Voraussetzung dafür, nämlich ein demokratisch legitimerter und anerkannter Raum für neuartiges Mitwirken und Mitmachen, ist in Wilhelmsburg zur Zeit gegeben. Die Beteiligten haben den Wert dieses Raums erkannt. Sie füllen ihn aus.

Die Wilhelmsburger Erfahrungen zeigen, dass mit steigenden Erfolgsaussichten einzelner Maßnahmen die Unterstützung verschiedener Kräfte im Stadtteil zunimmt. Wohn- und Arbeitsumfeldgestaltung und kleinteilige projektorientierte Stadtteilentwicklung sind ihrem Wesen nach Politikgestaltung auf lokaler Ebene. Durch das qualifizierte Mitmachen und Mitwirken der Bürgerinnen und Bürger sind auch die Vertreter der etablierten Kommunalpolitik in einem hohen und

Vorläufige Bilanz

Für die Gutachter kristallisiert sich ein generelles Ergebnis des Wilhelmsburger Beteiligungsverfahrens heraus. Konkrete Stadtteilentwicklung, die lokalen und übergreifenden, städtischen Zielkorridoren gleichermaßen folgt, kann im Wilhelmsburger Fall weder mit einem „Plan“, noch mit der Federführung einer Stabsstelle oder mit einer behördenübergreifenden Arbeitsgruppe gesteuert werden. Das Zusammenleben der Menschen lässt sich dort weder verordnen noch delegieren oder mit Macht durchsetzen.

Die „Spielregeln des Miteinander“ und die „Aneignung“ konkreter Projekte müssen mit hoher personeller Präsenz und Kommunikationsfähigkeit durch und mit den beteiligten Individuen und Gruppen entwickelt und erarbeitet werden. In diesem Sinne hat sich das Beteiligungsverfahren in Wilhelmsburg, das sich an diskursethischen Regeln (Habermas, Alexy, vgl. Bericht AK Wil 1994/95) orientiert, erfolgreich entwickelt. Trotz des immer wieder einsetzenden Missmuts darüber, „wie lange alles dauert“ und „wie kompliziert alles ist“, konnte auch im Jahr 2000 wieder eine große Zahl sehr unterschiedlicher Projekte im Stadtteil gemeinsam mit vielen beteiligten Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburgern verwirklicht werden.

Stärkung eines konstruktiven Miteinanders

Am Beispiel der wachsenden Beteiligung ausländischer Bevölkerungsgruppen zeigt sich aber auch, dass unter den im



Beteiligungsprozess engagierten Teilnehmern im Laufe des betreuten und von den Gutachtern „bedienten“ Verfahrens eine Kultur des Zuhörens, der Rücksichtnahme und der Verantwortung entstanden ist. Ein interkultureller Abend mit beeindruckender Beteiligung, eine Beiratsitzung zum Thema: „Stimmungslage zwischen ausländischer und deutscher Bevölkerung im Stadtteil“ und eine Verabredung, im Jahr 2001 erneut diese schwierige, mit Emotionen verknüpfte Fragestellung zu behandeln, belegen dies beispielhaft.

Die Offenheit für zusätzliche Dynamiken, Themen und Handlungsansätze haben das Verfahren vorangetrieben und wirken konstruktiv. Auch die Ergebnisse einer „Zukunftskonferenz“, die die Hamburger Bürgerschaft als Reaktion auf die Wilhelmsburger Ereignisse des Sommers 2000 im Wahljahr 2001 beschloss, sollten so geartet sein, dass sie – ggf. nach Abstimmung und Diskussion im Beirat für Stadtteilentwicklung – aufgegriffen und umgesetzt werden können. Die vielen konkreten Handlungsschritte, die sich aus dem Beteiligungsverfahren ergaben bzw. angestoßen wurden, sind selbst auch Motor für eine Entwicklung des Stadtteils, dessen Richtung von Wilhelmsburgern positiv eingeschätzt wird. Vielen ist über das konkrete Mitwirken klar geworden, dass es keine endgültige Gesamtlösung geben wird.

Begleitung auch in Zukunft erforderlich

Der sechsjährige Entwicklungsprozess ist, gemessen am Stand vom Herbst 1994 auf Erfolgskurs. Aber noch kann sich das Verfahren nicht allein aus Wilhelmsburg selbst heraus tragen. Nach allseitiger Einschätzung und dringendem Wunsch der kommunalen Gremien, der Bewohner und der Wirtschaft soll das Verfahren durch das Gutachterteam weiterhin begleitet werden. Die zuständige Senatskommission hat am 07.10.1999 den Beschluss für weitere drei Jahre gefasst. Er motiviert erneut zum Mitwirken.²

Prof. Dr.-Ing. Dittmar Machule,
Technische Universität Hamburg-Harburg
Dipl.-Ing. Jens Usadel, Büro: d*Ing Planung, Hamburg

¹ Die Redaktion musste textliche Kürzungen vornehmen; zugunsten der Darstellung des Beteiligungsverfahrens wurde die Beschreibung von Maßnahmen gekürzt und auf die „feministische Schreibweise“ verzichtet.

² Jährlich wird über die Ergebnisse der gutachterlichen Tätigkeiten zur Entwicklung des Stadtteils Wilhelmsburg berichtet. Es liegen sechs Ergebnisberichte vor: Arbeitskreis Wilhelmsburg (AK Wil 1994/95) „Wilhelmsburger Inselgespräche“ (WIGE 1996) und vier mal „Mitwirken in Wilhelmsburg“ (MIT-Wil 1997, 1998, 1999, 2000). Interessierte wenden sich bitte an: d*Ing Planung, Marktstraße 145, 20357 Hamburg, Tel.: 040/430 12 36, Fax.: 040/430 44 37, e-mail: d-ing@t-online.de.

Neu im vhw-Verlagsprogramm

DAS BAULANDKATASTER

Handlungsanleitung für die Praxis

1. Auflage, Umfang: 142 Seiten, DIN-A5 broschiert,
Einzelpreis: 44,40 DM zzgl. Porto- und Verpackungskosten.
ISBN 3-87941-889-6, Bonn, Mai 2000

Die CD-Rom zum Buch:

Das Baulandkatasterprogramm
– ergänzendes Angebot:
ein anwendungsbereites, EDV-gestütztes Erfassungssystem
Einzelpreis: 20,00 DM
Buch und CD-Rom können auch je einzeln erworben werden.

Wo liegt das Problem?

Die Mobilisierung verfügbaren Baulands kann nicht ohne einen Überblick über die vorhandenen Baulandreserven angegangen werden.

Welche Lösung bietet sich an?

Den Zugang dazu bietet die Erstellung eines kommunalen Baulandkatasters. Es ist ein Instrument, das den Aufbau eines systematischen Verzeichnisses von bebaubaren Flächen ermöglicht. Mit dem vorliegenden Fachbuch gibt der Autor den Kommunen das notwendige Rüstzeug an die Hand, um problemlos ein Baulandkataster zu erstellen.

Aus dem Inhalt:

Begriffserklärungen
Baulandkatalogisierung in der Praxis
Datenschutzrechtliche Bedeutung des § 200 Abs. 3 BauGB
Das Baulandkatasterprogramm
Strategien zur Schließung von Baulücken

PRAXISHANDBUCH

Städtebauliche Verträge

Thomas Burmeister

1. Auflage, Umfang: 300 Seiten, DIN-A5 broschiert
Einzelpreis: 52,80 DM zzgl. Porto- und Verpackungskosten
ISBN 3-87941-892-6, Bonn, Dezember 2000

Worauf es ankommt

• Der Einsatz städtebaulicher Verträge mit ihren unterschiedlichen Ausgestaltungsmöglichkeiten wirft in der Praxis immer wieder vielfältige Fragen auf. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Autors ist der Umgang mit den komplexen Sachverhalten transparent und handhabbar dargestellt. Die Ausführungen orientieren sich an der geltenden Rechtsprechung und an der einschlägigen Literatur und werden anschaulich durch eine Vielzahl von Fallbeispielen.

Besonders hervorzuheben sind die umfangreichen Ausführungen zum Vertragsmanagement und der Vertragsgestaltung.

Ein ausführliches Stichwortverzeichnis

erleichtert dem Nutzer den schnellen Zugriff auf Antworten zu speziellen Problemen.

Aus dem Inhalt

Der Städtebauliche Vertrag als rechtliches Instrument der Kooperation mit Privaten
Schranken Städtebaulicher Verträge
Die Städtebaulichen Verträge nach dem BauGB
Vertragsmanagement
Vertragsgestaltung
Leistungsstörungen